

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

42 (26.1.1926) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

Industrie- u. Handelszeitung und der Wochenschrift „Die Pyramide“

S gegründet 1803

Zeugungspreis: halbmöndlich M. 1.50 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Vertriebsstellen abgeholt M. 1.40. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.00 auswärts zuzüglich. Im Falle höherer Steuern hat der Besteller seine Ansprüche bei Verschieben oder Nichterhalten der Zeitung, Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheften angenommen. Anzeigenspreise: Verträge 10 Pfg., Sonntag 15 Pfg. Einzelanpreis: die obere Hälfte der Normalpreise oder deren Raum 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Kleinanzeigen M. 1.—, an erster Stelle M. 1.20, Kleinanzeigen und Familienanzeigen sind Günstigeren ermäßigter Preis. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Zahlungsmittels, bei gerichtlicher Zwangsversteigerung und bei Kontofallen außer Kraft tritt. Beilagen: Unterhaltung, Sport, Zedern, Frauen, Wandern, Musik, Landwirtschaft und Garten, Literatur.

Hauptredaktion: S. v. Lortz. Verantwortlich für Politik: Frh. Ehrhard; für den Nachrichten: Hans Bosh; für den Handel: Heinrich Rippel; für die Stadt, Baden, Nachrichten und Sport: Heinrich Gerber; für die Industrie und Pyramide: Karl Zeh; für die Kunst: Anton Kubisch; für die Frauenbeilage: Fräulein Dr. E. Zimmermann; für die Literatur: S. Schriever; sämtlich in Karlsruhe. Druck u. Verlag: G. S. Müller, Karlsruhe, Alterstraße 1. Berliner Redaktion: Dr. H. Böker, Berlin-Schlesien, Sedanstraße 17. Fernsprechnummer 1119. Für unterlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechnummer: Nr. 18, 19, 20, 21, 297, 1923. Postfachnummer Karlsruhe Nr. 9547.

Beträchtliche Verlängerung der Militärkontrolle.

Der Bericht des Generals Walch.

Paris, 25. Jan. Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walch, hat an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärischen Komitees in Versailles, Marshall Foch, über die schwebenden Entwaffnungsfragen einen Bericht erstattet. General Walch bespricht die vier Listen, in denen im November letzten Jahres die Entwaffnungsforderungen an Deutschland aufgestellt wurden. Ueber den Inhalt des Berichtes weiß das Hauptnachrichtensbüro folgendes zu melden:

General Walch behauptet, daß die in den beiden ersten Listen enthaltenen Verpflichtungen erfüllt seien, während die Erfüllung der in Liste 3 enthaltenen Verpflichtungen viel zu wünschen übrig lasse und die erzielten Fortschritte nicht genügt, um zu dem Urteil zu kommen, daß Deutschland seine Verpflichtungen zum 15. November 1925 gehalten habe. Bezüglich der Liste 4 seien die alliierten Kontrollorgane darüber einig, daß die von Deutschland erarbeiteten Vorschläge zu verzögert worden seien, daß man den Grad der Erfüllung der Klauseln für den Augenblick gleich null betrachten könne. Die Liste 4 umfasse bekanntlich die Organisation der Polizei, die des Oberkommandos, das Verbot des Gebrauchs gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken, die Artillerie von Königsberg und die militärischen Vereinigungen. Die Deutschen würden neuerdings eine Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Reformen, über die man übereingekommen sei, einleiten und gewisse erledigte Fragen, wie die der Zahl der Polizeireisende und ihre Verteilung wieder zur Diskussion stellen. So wünscht sie ein weiteres Kontingent — schätzungsweise 5000 Mann — zur Verstärkung der Polizei in der Präfektur und an der West- und Ostgrenze zu erhalten, was darauf hinauslaufen würde, auf gewisse strategisch wichtige Punkte wahre Deckungsstruppen zu stellen. Wenn man auch den Gedanken, daß der gute Wille Deutschlands nicht vollständig sei, nicht ausschließen könne, sei man doch der Ansicht, daß das Nachvorhandensein eines Minimums in Deutschland als eine Entschuldigung angesehen werden könne, die zum Teil den Verzug Deutschlands rechtfertige. Das Ministerium sei erst am 20. Januar gebildet worden und den Beamten wäre es bis zu diesem Augenblick in gewissem Maße unmöglich gewesen, eine Verantwortung zu übernehmen.

Dazu sagt das Hauptbüro: Die deutschen Behörden hätten sich zwar nicht systematisch geweigert, aber Einwendungen erhoben und ungenügende Anerbieten gemacht und sich gestraubt, sich durch gesetzliche Texte zu binden. Der deutsche Widerstand bestche in der Tat noch bei den Punkten, von denen gewisse am 15. November hätten geregelt werden müssen, also zu einem Zeitpunkt, als das Ministerium außer Streifen noch am Abend gewesen sei, denn es sei erst am 3. Dezember zurückgekehrt. Jedenfalls sei anzunehmen, daß wegen der Verögerung Deutschlands die Interalliierte Kontrollkommission warten müssen, bis die deutschen Behörden sie in den Stand setzen, eine Aufgabe zu erfüllen, deren komplizierte Fragen eine ziemlich beträchtliche Verlängerung des Aufenthaltes der Kontrollorgane in Berlin vermuten lassen, eines Aufenthaltes, den die alliierten Regierungen, wie man sich erinnern, sich bemüht hätten abzukürzen, indem sie die Zurückziehung der Kontrollkommission für einen Zeitpunkt ins Auge gefaßt hätten, der mit der Räumung der Berliner Zone zusammenfallen sollte.

Es ist zu erwarten, daß die deutsche Regierung sich sehr schnell zu diesen Behauptungen des Generals Walch äußert. Jedenfalls steht die Politik der Kontrollkommission in bemerkenswertem Einklang mit der Politik der Verfassungsbefehle. Das Bestreben der Gegenparteien, über die in Locarno gegebenen feierlichen Zusagen hinwegzugehen, tritt immer härter hervor. Daß auch die Bemerkungen des Generals Walch nur die besten Vorwände seien, darüber besteht nicht der geringste Zweifel.

Niederholung der britischen Flagge am 30. Januar.

WTB. Köln, 25. Jan. Das Städtische Presseamt teilt mit, daß die britische Flagge auf dem Großen Hauptanleger am 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, heruntergeholt wird und gleichzeitig die letzten britischen Truppen Köln verlassen. Nach diesem Vorgang sind jedoch, wie bereits bekannt, Köln und die sonstige erste Zone noch nicht als unbesetztes Gebiet zu betrachten, so daß die Ordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission noch in Kraft bleiben.

Neue Maßnahmen Mussolinis gegen das Deutschland.

Fussbruck, 26. Jan.

Das Schulamt in Trient verkündete mit Erlaß vom 18. Januar, daß laut Bestimmung des neuen Schulgesetzes vom 22. Januar der Unterricht im Deutschen als zweite Sprache einzustellen sei.

Wie die „Ansbacher Nachrichten“ melden, ist durch ein Dekret die deutsche Benennung der Eisenbahnstationen in Südtirol verboten und die Entfernung der deutschen Namensafel angeordnet. Das Ausrufen von deutschen Stationsnamen hat zu unterbleiben.

Wien, 26. Jan.

Wie die Blätter aus Südtirol melden, hat die italienische Regierung verboten, daß Ausländer in einem Bereiche von 30 Kilometern von der Grenze Handel und Gewerbe betreiben. Alle Ausländer, die bereits eine Handels- oder Gewerbe-erlaubnis erhalten haben oder einem Gewerbe nachgehen, ist in diesem Grenzgebiet innerhalb dreier Monate die Erlaubnis zu entziehen und der Gewerbebetrieb zu verbieten.

Reichsgerichtspräsident Simons über Südtirol.

Berlin, 26. Jan.

Im Rahmen der Vorträge der Verwaltungsakademie sprach gestern der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, auch über die Südtiroler Frage und unterzog die Rechtslage einer streng wissenschaftlichen Untersuchung. Italien habe zwar keinen Minderheitsvertrag unterzeichnet, aber die italienische Regierung habe bei der Übernahme Südtirols in feierlicher Form eine liberale Behandlung der neuen Untertanen deutscher Abstammung zugesagt. Auch der Völkerverbund habe in seiner Tagung vom Jahre 1922 eine allgemeine Resolution gleichen Inhalts, die sich in ihrer Anwendung unabweislich auf Italien bezogen habe, gefaßt, und tatsächlich habe dann auch die italienische Regierung bis zum Herbst 1923 diese lokale Politik in Südtirol innegehalten. Erst im Oktober 1923 habe durch die Erlasse des Präfecten von Trient die neue Italiensierungspolitik eingeleitet. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons kam nach dem Bericht der „Völkischen Zeitung“ zu dem Schluss, daß unabweislich in der Wahrung feierlicher Versprechungen durch Italien auch völkerrechtlich eine Verletzung geltenden Rechts gegeben sei.

Zu einer Meldung der römischen „Tribuna“.

Der italienische Botschafter in Berlin, Graf Bossari, befindet sich unterwegs nach Rom, um mit Mussolini „die Lage zu besprechen“, erzählt der Berliner „Volkswacht“ von der italienischen Botschaft, daß Graf Bossari tatsächlich gestern früh abgereist ist. Ob die Annahme der „Tribuna“, daß Graf Bossari mit Mussolini über die Vorgänge in Südtirol sprechen wolle, richtig ist, konnte das Berliner Blatt nicht in Erfahrung bringen.

Große Schadenersatzforderungen der Firma Himmelsbach.

München, 26. Jan.

Die Holzfirma Gebrüder Himmelsbach in Freiburg i. Br. hat beim Landgericht I in Berlin eine Klage gegen das Reich und einzelne Staatsförsterverwaltungen angehängt. Die Klage richtet sich gegen das Auswärtige Amt wegen Verletzung des Völkervertrages, ferner gegen die Reichsministerien für Ernährung und für die Wirtschaft, sowie gegen die Staatsförsterverwaltungen von Preußen, Bayern und Hessen auf Aufhebung des gegen die Firma verhängten Boykotts, auf Unterlassung weiterer Kampfmaßnahmen und Ertrag des durch den Boykott der Firma erwachsenen Schadens. Der Schaden wird mit einer Million Mark beziffert, wobei seitens der Firma eine Erhöhung der Schadenersatzforderung bei Fortdauer der Boykottmaßnahmen vorbehalten wird.

Eine weitere Schadenersatzklage gegen den Schriftleiter des „Volkswacht“, Fernbach, steht vor der Entscheidung. Eine Klage auf Schadenersatz gegen Professor Endres von Holzhandelsblatt in München soll in den nächsten Tagen angehängt werden. Die Klage gegen das Reich und die Staatsförsterverwaltungen wird vom Landgericht I Berlin zur Ausragung kommen.

Der russisch-chinesische Konflikt beigelegt.

Moskau, 26. Jan.

Russisch-chinesisches Abkommen über die Ostchina-Eisenbahn.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus offizieller Quelle erfährt, wurden am 24. Januar vom sowjetrussischen Generalkonsul in Mukden und den Außenkommissaren der drei chinesischen Provinzen kurz gefaßte Grundzüge eines Abkommens unterzeichnet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Der Direktor der Ostchina-Bahn, Jwanow, sowie alle Beamten und Arbeiter der Ostchina-Bahn, welche von den mandchurischen Behörden anlässlich des Konfliktes wegen der Ostchina-Bahn verhaftet wurden, werden freigelassen. Der normale Eisenbahnverkehr wird wieder hergestellt. Militär- und Schutztruppentransporte erfolgen auf Grund der bisherigen Bestimmungen. Die Frage der Entschädigung für die durch Maßnahmen mandchurischer Behörden während des Konfliktes angerichteten Schäden wird den Gegenstand eines weiteren gemeinsamen Beschlusses bilden.

Das Volkskommissariat des Auswärtigen erhielt bereits die Meldung, daß die Freilassung Jwanows erfolgt und mit der Freilassung der übrigen Verhafteten begonnen worden ist. Ueber andere mit dem Konflikt zusammenhängende Fragen wird noch verhandelt werden. Somit kann eine friedliche Lösung des Konfliktes an der Ostchina-Bahn als gesichert betrachtet werden.

Französisch-chinesischer Zwischenfall.

Paris, 25. Jan.

Wie Havas aus Hongkong gemeldet wird, drangen in Pak-Hoi in der Provinz Kwantung chinesische Truppen in das französische Hospital ein und hielten die französische Flagge nieder. Den Versuch, auch die Flagge vom französischen Konsulat wiederzuholen, gaben sie auf, als der Konflikt der Wache befehl, gegebenenfalls das Feuer zu eröffnen.

Griechenland wieder Monarchie?

Bukarest, 26. Jan.

Nach einer Meldung aus Athen soll Pangalos beabsichtigen, den Prinzen Andreas von Griechenland, der mit einer englischen Prinzessin verheiratet ist, und jetzt in London lebt, zum König zu proklamieren. Prinz Andreas war nach der griechischen Niederlage in Klein-Athen, wo er den Oberbefehl hatte, von der Regierung Vlastiras zum Tode verurteilt, aber auf eine Intervention Englands hin begnadigt worden.

Verfälschte Lage im Finnischen Meerbusen.

Berlin, 26. Januar.

Das Finischschiff „Hesse“ hat am Donnerstag und Sonntag auf dem Wege von Reval nach Libau in der Nähe der Insel Dagoo folgenden Dampfern Hilfe gebracht: „Geier“ aus Bremen, „Helene Rüb“ und „Desdemona“ aus Hamburg und „Garriet“ aus Danemark. Die beiden Hamburger Dampfer waren nach Reval bestimmt und sind von einem estnischen Eisbrecher aufgenommen worden, der ihnen weiter hilft. Die beiden anderen Dampfer waren nach Gango bestimmt und sind von finnischen Eisbrechern aufgenommen worden. Die „Hesse“ ist am Sonntag abend in Libau eingetroffen und ergänzt dort Kohlen und Proviant. Wie aus den Meldungen der letzten Tage bekannt ist, kommt für das Finischschiff ein Hafen des finnischen Meerbusens als Stützpunkt wegen der verschlechterten Eis- und Kohlenverhältnisse nicht mehr in Frage. Wie erinnerlich, war es für das Finischschiff „Hesse“ bei den Hilfsarbeiten in den letzten Tagen auf 24 Grad Nördliche Breite (20 Seemeilen westlich von Reval) nur noch mit großer Anstrengung möglich, eine Eisrinne herzustellen. Der westliche Teil des finnischen Meerbusens ist nunmehr so vereist, daß die bei der Insel Hoaland liegenden 18 Dampfer erst in mehreren Wochen Aussicht haben, frei zu werden, wenn ein Witterungsumschwung eingetreten sein wird. Die Versorgung dieser eingeschlossenen Dampfer mit Proviant und Brennstoff wird den russischen Behörden in Petersburg obliegen müssen, die auf diese Pflicht hingewiesen werden. Die Marineleitung wird das Finischschiff „Hesse“, das seit dem 9. Januar zur Eisfischei in See war, nunmehr in die Heimat zurückrufen.

Der geplante Flottenvorstoß im Herbst 1918.

Die Ansagen des Admirals v. Trotha vor dem Untersuchungsausschuß.

VDZ, Berlin, 25. Jan.

Wir veröffentlichen in der Morgenausgabe den größten Teil der Ansagen des Vizeadmirals v. Trotha vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages. Im weiteren Verlauf seines Referats besprach

Vizeadmiral v. Trotha

dann die Vorkommnisse von 1917. Nach dem, einer der erschienenen Matrosen, habe in der betreffenden Versammlung gesagt, daß ihnen die Heizer einen schlechten Streich gespielt hätten, denn in 14 Tagen oder drei Wochen habe man zu einem großen Schlage ausfallen wollen. Diese Rede sei bereits am selben Tage der Admiraltät mitgeteilt worden. Dies sei Aufbruch gewesen. (Unruhe links.) Ein Matrose habe ausgerufen, es sei in der Versammlung am 1. August im Restaurant Tivoli zunächst eine Propagandarede für die U.S.F. gehalten und dann gesagt worden, die Matrosen müßten sich zusammenschließen und nötigenfalls mit Gewalt gegen ihre Vorgesetzten vorgehen. (Hört! Hört! rechts.) Der Neuge kommt dann auf den

Flottenvorstoß

zu sprechen. Unmöglich konnte vor jedem Vorstoß beim Großen Hauptanleger in Spaa angefragt werden; denn dort konnte man gar nicht die vielen Vorbedingungen kennen, die jeweils für den Auslauf der Flotte entscheidend waren. Mit einem Vorstoß gegen den Kanal wäre unsere Front zu Ende entfallen worden. Die Vorbereitungen zu dem Vorstoß gegen die Besatzung, war eine unbedingte Pflicht gegen die Besatzung. Die vorbereitenden Operationen haben wir immer erst ins Große Hauptquartier geschickt, wenn die Flotte in See ging. Selbst mit den Funkmeldungen mußten wir vorsichtig umgehen. So war der Plan gefaßt worden, mit einer starken Gruppe in die holländische Küste hineinzutreten und zu gleicher Zeit mit einer starken Gruppe gegen die Themsemündung vorzugehen und dort das ganze Transportwesen des Feindes aufzuheben. Dabei mußte selbstverständlich die Hochseeflotte mitbinausgehen.

Nach kann keinen anderen Ausdruck finden, als daß ich noch nie im Kriege ein so hartes und sicher vorbereitetes Unternehmen habe durchzuführen lassen.

Ich kann nicht begreifen, daß in Zeiten eines solchen schweren Kampfes die starke militärische Kraft der Flotte im Hafen liegen bleiben konnte. Als wir uns über die Durchführung des Unternehmens einig waren, habe ich auch an den Chef des Stabes der Seekriegsleitung, den damaligen Admiral v. Levetzow,

die Frage gerichtet, ob die Regierung im Bilde wäre und darauf aufkommende Antwort bekommen.

Abg. Dittmann (Soz.): Entschwidend ist, ob die Regierung des Prinzen Max unterrichtet war.

Vizeadmiral v. Trotha (fortfahrend): Das kann ich so genau nicht sagen. Als der U-Bootkrieg eingeleitet wurde, hatte die Flotte ihre operative Freiheit vollkommen wieder bekommen.

Auf die Frage des Abg. Dittmann, ob der Zeuge aus eigenem Wissen angeben könne, daß Prinz Max von Baden seine Zustimmung zum Flottenvorstoß gegeben habe, erklärte der Zeuge: Nach Ausbruch der Unruhen war der Vorstoß natürlich unmöglich geworden. Der nach Berlin geschickte Kapitän Gladisch hat dem schon im Bette liegenden Kaiser Prinz Max die Sache vorgetragen und in der Meldung, die er mir nachher erstattete, hat er mit keinem Wort erwähnt, daß Prinz Max geküßert hätte, er wisse gar nichts von dem Vorstoß.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) erwiderte der Zeuge, daß die Flottenleitung der sicheren Ueberzeugung gewesen wäre, daß wir mit einem Vorstoß der englischen Seemacht einen ganz gewaltigen Stoß verfeßt hätten.

Auch der englische Minister Churchill habe erklärt, daß die Entscheidung in den letzten Tagen an einem dünnen, seidenen Fäden gehangen habe. Der Faden sei am 1. August in England gerissen. (Hört! Hört! rechts.)

Der Sachverständige, General v. Ruhl, führte aus, daß die Seeresleitung immer eine Landung der Engländer an der holländischen Küste befürchtet hätte, was für den deutschen rechten Flügel geradezu katastrophal gewirkt haben würde. Ein Flottenvorstoß im Jahre 1918 wäre eine außerordentliche Verurteilung und Entlastung gewesen. Gäße die

Flotte zum Schlusse noch gezeigt, daß sie kampffähig ist, so hätte das ein anderes Bild ergeben. (Schäfer Bericht rechts.)

Der Sachverständige Dr. Herz teilte mit, der damalige Staatssekretär und Finanzminister von Bayern habe ihm geschrieben, er habe von dem Blane einer großen Seeschlacht gegen England erst auf dem Münchener Dolchstoßprozeß Kenntnis erhalten. Dr. Herz fragt, ob es richtig sei, daß einzelne Abteilungen sich geweigert hätten, das Todesurteil an den beiden Matrosen zu vollziehen.

Vizeadmiral v. Trotha erklärte, davon nichts zu wissen.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) stellte fest, daß nach den Aussagen v. Trothas die Flotte noch nie so stark gewesen sei, als in dem Augenblick, in dem der Vorstoß geplant war.

Der Sachverständige Prof. Dehler führte aus, daß bisher noch nicht der geringste Beweis dafür erbracht worden sei, daß das geplante Flottenunternehmen durch die Zustimmung des verantwortlichen Reichsstaatsanwalts gedeckt worden sei.

Am übrigen sei er der Auffassung: Lieber die ganze Flotte in Grund geschossen, als daß sie sich so ergeben hat, wie das nachher geschehen ist.

Eine neue Sitzung mit Hinzuziehung von Pressevertretern wird voraussichtlich erst in etwa 14 Tagen stattfinden.

Deutsches Reich

Besprechungen über den Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues.

München, 26. Jan. Wie der Reichstagsabg. Voigt in einer Versammlung mitteilte, haben verschiedene Parlamentarier und die Vertreter des Handwerks bereits mit Dr. Luther in Gegenwart des neuen Reichswirtschaftsministers Verhandlungen über die Zurücknahme des Gesetzentwurfes zur Förderung des Preisabbaues gehabt, in denen die schwereren Bedenken des Handwerks gegen diesen Gesetzentwurf geltend gemacht wurden. Der Reichstagsabg. hat eine weitere Besprechung mit den gewerblichen Verbänden und den Vertretern des Handwerks für Freitag angesetzt.

Bom Bund der Auslandsdeutschen.

VDZ, Berlin, 25. Jan. Wie der Bund der Auslandsdeutschen mitteilt, haben Gouverneur Dr. D. Dr. Schneid und Reichstagsabgeordneter Dr. D. Dr. Penz (Dem.) die Posten des ersten bzw. ersten stellvertretenden Vorsitzenden im Bund der Auslandsdeutschen übernommen.

Rundgebung der gemeinnützigen Bauvereinigungen.

VDZ, Berlin, 25. Jan. Eine Rundgebung der gemeinnützigen Bauvereinigungen Deutschlands fand am Montag in Berlin statt. Der Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Bauvereinigungen, Prof. Albrecht-Berlin, betonte u. a., es seien Gesetzesvorlagen eingebracht, die der Tätigkeit der gemeinnützigen Bauvereinigungen den letzten Stoß verjehen müßten. Die Auffassung der Versammlung wurde in einem Beschlusse niedergelegt, dem wir folgendes entnehmen:

Der Grund des Verjagens der bisherigen Wohnungspolitik liegt in dem Fehlen einer kraftvollen Reichszentrale. Von der Geldverwertungssteuer müssen mindestens 20 Prozent der Friedensmiete dem Baumarkt zufließen. Das für das Einzelobjekt zur Verfügung gestellte Darlehen muß in einer Höhe gegeben werden, die die Mieten tragbar macht. Die für Neubauzwecke verfügbaren öffentlichen Mittel sollten vorzugsweise Bauvereinigungen zugewendet werden.

Der Verlust des obdenburgischen Staates durch die Darmatkradite.

TU, Oldenburg, 28. Jan. Der obdenburgische Staat hat aus den an den Darmatkonzern gegebenen Krediten noch 4,8 Millionen Mark, die nur zu einem sehr geringen Teil durch Sicherungen außerhalb der Rückversicherungen gedeckt sind. Aber auch aus

den Rückversicherungen werden, wie die „Oldenburgische Landeszeitung“ aus unterrichteten Kreisen erfährt, höchstens 10-15 Prozent der als Kredite gegebenen Summe zurückfließen, da von den Rückversicherungsanstalten schon eine Anzahl in Konkurs geraten ist. Für den obdenburgischen Staat ist mit einem Verlust von 3-4 Millionen Mark zu rechnen.

Verlegung der Biologischen Reichsanstalt.

DZ, Koblenz, 26. Jan. Das Reich hat zwecks besserer Unterbringung der Biologischen Reichsanstalt, des Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung der Reibschädlinge und deren Bekämpfung, den Grundbesitz der Königsberger Weinbau A.-G. in Verrentung angekauft. Der Umzug des Instituts von Trier nach Bernkastel soll bereits Ende Februar erfolgen.

Begen Wahlprüfung verurteilt.

Leipzig, 26. Jan. Der Gemeindevorsteher eines Dorfes im Kreise Kurich wurde vom Landgericht Kurich im September 1925 wegen Wahlprüfung in zwei Fällen, die er als Wahlvorsteher im Wahlkreise Kurich begangen hat, zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Verhinderung wurde zugleich der stellvertretende Wahlvorsteher zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der ersten Wahl des Reichspräsidenten am 29. März 1925 wurde von mehreren Personen beobachtet, daß der Angeklagte mit dem stellvertretenden Wahlvorsteher in eine im Wahllokal befindliche Wohnung ging und dort mehrere mitgenommene Stimmzettel ankreuzte. Durch den Stellvertreter wurden die so gefälschten Wahlzettel nach dem Wahllokal gebracht und unter die Urnen gemischt. Außerdem hat der Angeklagte im Zusammenwirken mit seinem Sohne, der die Geheime führte, für den Kandidaten Jarres nur 28 Stimmen als abgegeben aufgeführt, während tatsächlich 41 gültige Stimmzettel abgegeben worden sind. Auch die bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmten Stimmzettel hatte der Angeklagte nicht vorchriftsmäßig versteckt aufbewahrt. Zudem war bereits am 7. Februar eine Unregelmäßigkeit gegenüber den Kandidaten Gög der hannoverschen Partei vorgekommen. Nach den umfangreichen Feststellungen des Landgerichtes ist als erwiesen anzusehen, daß durch die Manipulationen der Angeklagten unrichtige und verfälschte Wahlergebnisse herbeigeführt worden sind. Die von den Angeklagten gegen das landgerichtliche Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision ist ohne Erfolg geblieben und vom 3. Straifenat verworfen worden, weil sämtliche Revisionsrügen als unbegründet erachtet wurden.

Die Berichte aus Südtirol.

Man kann in der Öffentlichkeit oft die Meinung hören, daß die Berichte über die italienische Unterdrückungspolitik in Südtirol übertrieben seien. Bei Beurteilung der Nachrichten spielt natürlich die Einstellung zum italienischen Faschismus eine wesentliche Rolle. Freunde der Methoden Mussolinis werden die Nachrichten aus Südtirol nur ungern lesen, die Gegner Mussolinis werden die Neigung haben, die Nachrichten zu übertrieben. Die „Frankfurter Zeitung“, die Mussolini stark bekämpft, hat einen Sonderberichterstatter beauftragt, an Ort und Stelle nachzuprüfen, was an den Nachrichten wahr und was falsch oder übertrieben ist. Der Sonderberichterstatter schreibt am Schlusse längerer Ausführungen:

„Im übrigen habe ich mich bemüht, eine ganze Reihe der in Deutschland veröffentlichten Fälle an Ort und Stelle nachzuprüfen. Das Ergebnis war, daß diese Nachrichten und Schilderungen im allgemeinen den Tatsachen durchaus entsprechen. Daneben kommen Ungenauigkeiten im einzelnen vor, die aber keineswegs alle in der Richtung einer Tendenz liegen. Die sachliche Berichterstattung wird stark erschwert durch die Unterdrückung der angesehenen Zeitungen. Auch läßt, wie überall, die dumpfe Atmosphäre, die über einem derart gefnebelten Lande liegt, Gerüchte im allgemeinen und sich ausbreiten. Aber im ganzen sind die Meldungen, die in die deutsche Presse kommen, durchaus keine Übertreibungen und geben ein getreues Bild der Zustände in Südtirol.“

Badische Politik

Magau und Speyer?

DZ, Karlsruhe, 26. Jan. Der Abg. Küdert (Soz.) hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht:

Durch die Presse geht die Nachricht, daß sich die bayerische Regierung für die Durchführung des Rheinbrückenprojektes bei Speyer ausgesprochen habe und daß die vorbereitenden Bauarbeiten schon in nächster Zeit begonnen würden. In welchen Kreisen Mittelbadens, insbesondere in der Landeshauptstadt hat diese Nachricht starke Beunruhigung hervorgerufen. Man befürchtet, daß dadurch der Bau einer festen Rheinbrücke bei Magau unterbleibt. Sind der Regierung diese Verhältnisse bekannt und ist sie bereit, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben?

Die Rechte der Reichsbahnbeamten.

Man schreibt uns:

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Landesverband Baden hatte auf Samstag, den 23. Januar, ihre Beamtenvertreter zusammengerufen, um zu den Absichten der Reichsbahn-Hauptverwaltung, in Bezug auf die Personalordnung Stellung zu nehmen. Hierbei wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

Die in der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner organisierten Beamten protestieren gegen die Absichten der Hauptverwaltung, durch Abänderung der Personalordnung:

1. Die Reichsbahnbeamten in eine Sonderstellung gegenüber den Reichsbeamten in besoldungsrechtlicher Hinsicht, durch Abänderung des § 11 der Personalordnung hineinzubringen.
2. Die nach den bisherigen Besoldungsbestimmungen auch für die Beamtengruppen von I bis IV erreichbare Unkündbarkeit ihres Beamtenverhältnisses, zukünftig in Wegfall kommen zu lassen, so daß diese Beamtengruppen dauernd im künftigen Verhältnis verbleiben sollen.
3. Zeitlich die Erreichung des unkündbaren Beamtenverhältnisses für die übrigen Beamtengruppen zu verschieben.

Die Konferenzteilnehmer bringen zum Ausdruck, daß, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, die durch die Personalordnung noch verbleibenden Rechte, zu verteidigen sind. Die Forderungen sind von der Reichsbahn-Hauptverwaltung nur geplant, um bei der kommenden Besoldungsänderung für die Reichsbeamten, die vergleichbaren Reichsbahnbeamten schlechter zu stellen. Es wird bei der Gelegenheit an das Vorgehen der Verwaltungsvertreter, gegenüber den Organisationen der Reichsbahnbeamten erinnert, dahingehend, daß man den Beamten der Reichsbahn besonders entgegenkommen wolle. Im Widerspruch mit diesem Besseren beabsichtigt die Reichsbahn-Hauptverwaltung weitere Verschlechterungen durchzuführen, trotzdem die Bildung der Reichsbahn-Gewerkschaft die Verwaltungsvertreter im Organisationsausschuß immer wieder verweist haben, daß sie das Berufsbeamtenamt für die Reichsbahnbeamten in allen seinen Rechten erhalten wollten, und daß mindestens jeweils eine Gleichstellung mit den Reichsbeamten beabsichtigt sei.

Die vorgeschlagenen Änderungen stehen auch in rechtlicher Hinsicht in vielen Punkten im Widerspruch mit dem Beamtengesetz und der Verfassung. Es wird auf das Bestimmteste erwartet, daß die Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in Berlin weiterhin in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Verlangen der Reichsbahn-Hauptverwaltung beharrt, und daß alle Mittel in Anmerkung gebracht werden, um die Verwirklichung des Vorhabens zu verhindern.

Die Arbeitslosigkeit.

DZ, Ruzloch (Amt Heidelberg), 25. Januar. Unsere 3700 Seelen zählende Gemeinde weist nach der vollständigen Schließung der Zigarrenfabrik Gebrüder Maier und der starken Betriebseinschränkung der Zigarrenfabrik Mertens zurzeit 663 Erwerbslose auf. Somit ist nahezu jeder fünfte Einwohner ohne Verdienst.

Verschiedene Meldungen

Bier Familienmitglieder bei einer Schlittenfahrt ertrunken.

Koblenz (Dzpr.), 25. Jan. Wie die „Koblenzer Kreiszeitung“ berichtet, wollten sich am Sonntag nachmittag vier Köcher und der einzige Sohn eines Kaufmannes aus Karlsruhe mit einem Schlittenfuhrwerk über das Eis zu einem Besuche nach Gilsbeben. Bei der spät nachts unternommenen Rückfahrt geriet das Fuhrwerk in eine offene Stelle und versank. Von den Insassen konnte nur eine Tochter gerettet werden. Die übrigen Teilnehmer an der Fahrt sind ertrunken.

Die Brüder Tassin freigesprochen.

Tübingen, 25. Jan. In dem Prozeß gegen die Brüder von Tassin wegen Mordes an ihrem Bruder beantragte der Staatsanwalt, Manfred von Tassin wegen Mordes oder Totschlags entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestrafen, da es sich nicht um Bestimmtheit gegen Tassin ließe, ob der Mord mit oder ohne Ueberlegung angeführt worden sei. Bei Tassin wurde die Schuldfrage der Staatsanwalt die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichtes. Beide Angeklagte wurden freigesprochen.

Schweres Automobilunglück.

Giselsheim, 25. Jan. Ein Kraftwagen der Harzer Kraftfahrzeuglinie der Dübartzbahn kam gestern morgen auf der Chauffee Siersleben-Giselsheim, die ein ziemlich hartes Gefälle hat und die infolge des lechtägigen Wetters stark vereist war, ins Schlingern. In einer Kurve wurde der Wagen nach hinten gedrückt und stürzte einen steilen Abhang etwa 8 Meter hinab, wobei er sich mehrere Male überschlug. Von den sechs Fahrgästen wurde eine etwa 50 Jahre alte Frau sofort getötet, der 20 Jahre alte Sohn der Frau, ein zweiter Fahrgast, sowie der Fahrer wurden schwer verletzt.

Ein gemeingefährlicher Portier.

Berlin, 26. Jan. Der Portier eines Hauses in der Einienstraße, Albert H., der am 10. September vor Jahresende infolge einer Verletzung wegen eines Wortwechsels durch einen Messerstich getötet hatte, wurde wegen Totschlags zu 3 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Der Getötete war der Sohn des Domains im Mieterrat des betreffenden Hauses. Sein Vater hatte mit dem Portier, dem aus Angst vor seiner Gemaltätigkeit nicht gekündigt worden war, verschiedene Zusammenstöße gehabt.

Ein bestialischer Mörder verhaftet.

Moskau, 26. Jan. Im Bezirk Mollitopol wurde von der Kriminalpolizei der Landwäpfer Maschowski verhaftet, der des Mordes an acht bei ihm arbeitenden obdachlosen Kindern beschuldigt wird. Maschowski hat im Laufe eines Sommers fünf Mädchen vergewaltigt, sie nachher erdrosselt und im Kartoffelfelder vergraben, wo die Leichen aufgefunden wurden. Die anderen Leichen werden noch gesucht.

Absturz eines Flugzeugs.

Neval, 26. Jan. Infolge unachtsamen Wetters stürzte das der Eshitschen Luftfahrt-A.-G. gehörige Passagierflugzeug „Junkers 18“ gestern bei einem Fluge über der Stadt ab. Vier Passagiere und der Pilot wurden verletzt, darunter befinden sich die Gattin des Direktors der Alteneisenwerk, der unarische Konjul Postle und der frühere Flieger Tillo, dessen Zustand hoffnungslos ist.

Rühtliche Zustellung

Ist auch heute noch möglich, wenn Sie als Postbezieher sofort weitere Zustellung beim Postamt beantragen

Die Nordpolflüge 1926.

Das Jahr 1926 wird, wie es scheint, in der Erforschung des Nordpolgebietes eine ganz besondere Rolle spielen. Von ausländischer Seite sind drei Nordpol-Expeditionen geplant (Norwegen, Frankreich, Amerika), während auf deutscher Seite zwei Projekte bestehen. So will der bekannte Arktisforscher Theodor Kerner (Frankfurt a. M.) mit einem Dornier-Wal-Flugzeug, das sich bei Amundsen's Polarflug so überaus bewährt hat, die Offensive nach dem Pol unternehmen. Wie es heißt, werden deutsche und deutsch-amerikanische Interessenten das Unternehmen finanzieren, aber auch in den wissenschaftlichen und künftigen Kreisen hat man sich bereit erklärt, dem Projekt jede Unterstützung angedeihen zu lassen. Der Polarflug Kerner's unterzieht sich von den Unternehmungen des Auslandes insofern, als es sich dabei nicht darum handelt, einen sporadischen Nordpolflug auszuführen, sondern es ist beabsichtigt, durch immer weiter ausgedehnte Flüge eine systematische Erforschung des gesamten Polargebietes einzuleiten und so gewissermaßen der für 1928 geplanten Zeppelin-Expedition die notwendige Vorarbeit zu leisten.

Das Flugzeug, das einen Aktionsradius von 2000 Kilometern hat und in Nordpolarbereichen landet, wird mit Funkstationen von 1200 Meter Reichweite ausgestattet sein und erhält eine wissenschaftliche Ausrüstung, die den Teilnehmern die Möglichkeit gibt, sowohl Meeres- und Luftforschungen, als auch geographische Untersuchungen vorzunehmen. Ein zweites Flugzeug selbst flugbereit am Startplatz und wird in ständiger funktelegraphischer Verbindung mit der Expedition sein, um gegebenenfalls sofort zur Hilfeleistung aufbrechen zu können. Im Mai wird die Expedition Kerner nach Spitzbergen überfledeln und in der Zeit der hellen Nächte wird der Abflug erfolgen.

Der Nichtschmann ist meist geneigt, das Ziel der arktischen Forschung in der Auffindung des geographischen Nordpols zu sehen, während die Wissenschaftler die erste und äußerst schwierige Aufgabe aller Polarunternehmungen darin erblicken, festzustellen, ob das Harris-Land u. das Crocker-Land tatsächlich existieren. Letzteres will Peary gelehen haben, während das sog. Harris-Land nur eine Vermutung des amerikanischen Geographen Prof. Harris ist, der auf Grund von Blutmessungen an der amerikanischen Nordküste zu der Auffassung kam, daß irgendwelche Landmassen sich in jener hochpolaren Zone befinden müßten, die an Größe dem europäischen Ausland gleichkommen sollen. Die amerikanische Mac Millan Arctic Expedition, die im Juli 1925 mit zwei Schiffen nach Westgrönland vortrückte und von dort mit Hilfe von drei Flugzeugen das hypothetische Harris-Land aufzufinden hoffte, hat dieses Ziel zwar nicht erreicht, aber immerhin eine reiche Ausbeute an wissenschaftlichem Material heimgebracht. In ausgedehnten Flügen, auf denen eine Gesamtstrecke von etwa 1000 Kilometern zurückgelegt wurde, wurde das bisher gänzlich unbekannte und unzugängliche Innere Grönlands überflogen und aus großer Höhe bei vollkommen klarer Luft unerforschte Landgebiete entdeckt und topographisch aufgenommen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient zweifellos die deutsche Arktische Expedition, die im Frühjahr dieses Jahres unter Führung von Prof. Dr. R. E. Krüger und Prof. R. Klute nach Nordgrönland abgehen und von dort nach dem Polarmeer vortöhen will, um den unbekanntem Erdteil (das Harris-Land) aufzufinden. Die beiden Gelehrten sind erst vor einigen Wochen (Ende November 1925) von ihrer viermonatigen arktischen Vorpedition aus Westgrönland zurückgekehrt. (Der Leiter der Expedition Prof. Krüger hat sich durch seine jahrelangen Forschungsreisen durch die Steppen Südafrikas be-

reits einen Namen gemacht, während Professor Klute, der an der Universität Gießen als Geograph wirkt, vor Jahren als Erster den Gipfel des Kilimandscharo bezwang und in Südamerika ausgedehnte Forschungsreisen unternahm.) Das Ziel der deutschen arktischen Expedition ist, den sog. „Pol der Unzugänglichkeit“, den der bekannte kanadische Polarforscher Stefansson inmitten des Harris-Landes vermutet, zu finden. Fünf Jahre sind für die internationale Erkundung des Polarbezirks in Aussicht genommen, wobei man sich der Methode Stefanssons bedienen will, deren Grunddas das „Leben von Lande“ ist. Man verzieht darunter, daß die Teilnehmer der Expedition, da große Proviantvorräte nicht mitgeführt werden können, die Lebensweise der Eskimos annehmen und sich von rohem Fleisch und Seehundsfett nähren, sich also ihren Lebensunterhalt durch Jagd selbst verschaffen müssen. Die beiden Gelehrten wollen, wie sie erklären, zu Fuß, sowie mit Voot und Schlitten ihren Weg in die Arktis suchen.

Neben den beiden deutschen Polarexpeditionen wird Amundsen's neues Nordpol-Flugprojekt ernsthafter Beachtung begehen. Amundsen hat ein italienisches Marineflugzeug angekauft, dessen Größe allerdings nur 19 000 Kubikmeter ist und dessen Antrieb aus drei Maxbaumotoren von je 450 H.P. besteht. Man rechnet damit, daß das Luftschiff für etwa 70 Flugstunden Benzin und Del mitzunehmen in der Lage ist. Der Amerikaner Ellsworth, Amundsen's Begleiter auf seinem vorjährigen Nordpolflug, wird auch an diesem neuen Unternehmen, dem er wiederum seine finanzielle Unterstützung ließ, teilnehmen. Der Führer des Luftschiffes ist der italienische Luftschiffkonstrukteur Oberst Nobilit, der übrigens hofft, die 3400 Kilometer lange Strecke von Spitzbergen bis Alaska in 45 Stunden durchfliegen zu können, wobei er voraussetzt, daß höchstens 16 Mann die Gesamtzahl der Besatzung betragen dürfen, da jeder einzelne Mann

mehr einen Verlust von 16 000 Kilogramm an Benzin und an Lebensmitteln für diese lange Strecke bedeuten. Das Luftschiff, das gegenwärtig in Rom für den Polarflug umgebaut wird, soll im Februar mehrere Probeflüge ausführen und wird dann nach Spitzbergen, wo bereits eine Luftschiffhalle und ein Landungsplatz errichtet werden, übergeführt. Anfang Mai 1926 wird Amundsen, der sich durch die andern Polarunternehmungen zur Eile gedrängt sieht, den Abflug wagen.

Zum Schluß sei noch ein anderes Polarprojekt erwähnt, ebenfalls ein Polarflug, der mit Hilfe der Detroit Aviation Society und der American Geographical Society mit mehreren Kofferverpackungen von Kapitän Wilkins und dem bereits erwähnten kanadischen Arktisforscher Stefansson ausgeführt werden soll. Die Kosten der Expedition, der durch das amerikanische Kriegsdepartement durch Entsendung von Beobachtungsschiffen jede Unterstützung zuteil werden soll, sind auf 150 000 Dollar veranschlagt und bereits durch Zeichnungen gedeckt. Das Ziel ist nicht der geographische Nordpol, sondern, genau wie bei der deutschen arktischen Expedition, der „Pol der Unzugänglichkeit“ auf Harris-Land. Die Expedition soll bereits Ende April ohne Zwischenlandung von Alaska nach Spitzbergen fliegen und von dort die Offensive in die Polarzone wagen.

Die neuen technischen Hilfsmittel (Flugzeug, Luftschiff, Radio) haben die Polarforschung zu neuen Taten angeporrt und geradezu einen Wettlauf nach der Arktis veranlaßt. Dennoch muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die Polarforschung niemals Aufgabe eines einzelnen Landes sein kann und daß Aktualitäten dem hohen wissenschaftlichen Ziel durchaus schädlich sind. Nur in gemeinsamer und geleiteter Arbeit sowie durch gegenseitige Unterstützung und durch Austausch von Erfahrungen wird man die schwereren Aufgaben erfüllen können, die noch immer ungefüllt im Eis der Arktis liegen.

Aus dem Stadtkreis

Die hohen Gerichtskosten.

Die Landeszentrale des Bad. Einzelhandels teilt uns mit:

Die Gerichtskosten und die Anwaltsgebühren sind bekanntlich gegenüber der Vorkriegszeit auf das Doppelte bis auf das Fünffache angeleert. Die Spitzenverbände von Handel und Industrie haben daher beantragt, für die Gerichtskosten der ersten Instanz für die Streitwerte über 10.000 M die Vorkriegssätze wieder herzustellen, im übrigen aber die Kosten aller Instanzen wesentlich zu ermäßigen. Bei den Anwaltsgebühren wird beantragt, in den geringeren Verurteilungen eine geringe Erhöhung bestehen zu lassen, die ganz erheblich gesteigerten Gebühren der höheren Verurteilungen aber bedeutend zu ermäßigen. Dabei wird immer noch eine Verdoppelung der eintägigen Friedenssätze der Anwaltsgebühren für billig gehalten, weil die Meinung zur außergerichtlichen Erledigung von Streitfällen in den höheren Verurteilungen sehr gewachsen sei; auch seien jetzt die früheren Schreibgebühren eingerechnet, und dann sei auch die eintägige Gebührenordnung veraltet gewesen.

Die Köhler, Industrie- und Handelskammer meinte dazu, die hier ganz kurz skizzierten Forderungen der Spitzenverbände seien das Mindestmaß dessen, was die Wirtschaft fordern müsse, und es müsse auf die Erfüllung dieser Wünsche unbedingt gehalten werden. Die Kammer bemerkte weiter, in den noch die Kosten des Mahnverfahrens, der Konkurse, Zwangsversteigerungen, Geschäftsgebühren und der hierbei entstehenden Anwaltsgebühren betreffenden Anträgen der Verbände vermisse sie einen Antrag, der die Kosten der Verwalter bei Konkursen, Zwangsversteigerungen und Geschäftsgebühren anlangt, auch einen solchen wegen der Notariatsgebühren. Diese Kosten seien ebenfalls zu hoch. Auch hier müsse — wenn auch in den gegebenen Fällen nicht durch die Reichs-, sondern durch die Landesgesetzgebung — eine Ermäßigung der untragbaren Sätze erfolgen.

Vergünstigung für Kriegsbeschädigte.

Nach Kriegsende wurden rund 1.500.000 Verdammte als versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte anerkannt. Reichstag und Regierung haben sich feierlich in Anbetracht der an die Reichsfinanzen gestellten erheblichen Ansprüche gezwungen, zunächst alle Kriegsbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 10 v. H. durch einen gesetzgeberischen Akt von der Rentenversicherung auszuscheiden. Zurzeit der Hochinflation — im Jahre 1923 — wurden zur weiteren Entlastung der Reichsfinanzen auch die mit 20 v. H. Erwerbsbeschränkung ihres Rechtsanspruchs auf Rente durch Zahlung einer Abfindungssumme von 600.000 Papiermark entlassen. Diese Abfindung konnte bei verpäteter Zahlung im Hinblick auf die 1923 schnell fortwärtende Geldentwertung ihren Zweck — Kapitalisierung der Rente — nicht erfüllen. Zum Teil wurden die Abfindungssummen überhaupt nicht ausbezahlt.

Gegenwärtig stehen in der Rentenversicherung ca. 770.000 Kriegsbeschädigte, denen die neue Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vom 28. 7. 1925 eine gewisse materielle Besserstellung bringt. Beachtlich ist u. a. die Bestimmung im Artikel II, nach der Beschädigte, die aus der Rentenversicherung ausgeschieden und nicht wieder rentenberechtigt geworden sind, auf Antrag einmalig der Betrag von 50 Mm. gewährt werden kann, wenn ihr durchschnittliches Monats Einkommen 200 Mm. nicht übersteigt. Der Antrag muß vor dem 1. März 1926 gestellt sein. Als Monats Einkommen gilt der Betrag, der nach Abzug der sozialen Zulagen und der Versicherungsbeitragsanteile verbleibt. Bei Todesfall des Beschädigten kann auch unter gewissen Voraussetzungen der Antrag von den Hinterbliebenen gestellt werden. Den in Frage kommenden Beschädigten ist zu empfehlen, den entsprechenden Antrag sobald wie möglich zu stellen.

*

Die Coué-Methode. Am Montagabend hielt Prof. Dr. Herzog (Hirt) im Eintrachtsaal einen Vortrag über die Coué-Methode. Der Zweck des Abends war vor allem, Teilnehmer für einen Sechsstundenkursus zu werben, den der Redner hier abhalten will. So brachte das Referat nur einen allgemeinen Einblick in das Arbeitsgebiet und die Grundlagen der Methode, ohne das Problem nach irgend einer Richtung zu erschöpfen. Der Redner schilderte zunächst den Werdegang des Apothekers zu Nancy. Die Coué-Methode sei das Vollkommenste, was es an geistiger Heilweise und Lebensweise gebe. Die modernen Menschen seien viel zu kompliziert geworden, und Coué's Methode sei so einfach, daß sie deshalb vielfach nicht verstanden werde. Nicht der Wille, sondern die Einbildungskraft sei die eigentliche Herrin im Menschen, und es komme darauf an, den Willen nicht in Opposition zur Einbildungskraft zu setzen. Was für die Tiere die Schabfarbe sei, sei für die Menschen die Selbstbemeisterung. Demotisches habe sich trotz seiner körperlichen Mängel und der stotternden Sprache zum größten Volksredner des alten Griechenlands gemacht. Der Gedanke, daß man sterben solle, könne direkt zum Tod führen. Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging der Redner auf die Anwendungsgebiete der Methode ein.

Unfall mit Todesfolge. Am 18. d. M. rutschte ein lediger 21 Jahre alter Schreiner in einem Betrieb in der Karl-Wilhelmstraße, als er einen Korb mit Spanen die Treppe hinaustragen wollte, aus und zog sich eine Quetschung der Wirbelsäule zu, an deren Folgen er heute im Krankenhaus gestorben ist.

Schlägerei. Gestern vormittag 9 Uhr gerieten ein Tagelöhner aus Münsingen und ein Dienstmädchen aus Ettlin in der Durlacher Allee in

Die Karlsruher Polizeimeldbeanlage.

In der Presse ist schon wiederholt auf den Wert und die Bedeutung einer modernen Polizeimeldbeanlage für den gesamten polizeilichen Sicherheits- und Ordnungsdienst hingewiesen worden. Sie gibt, ähnlich der Feuermeldbeanlage, den dienleistenden Beamten wie den an die Anlage angeschlossenen Privatpersonen oder Firmen die Möglichkeit, in kürzester Frist polizeiliche Hilfe schnell, sicher und, was bei Privatmeldern besonders wichtig sein kann, auch kostenlos herbeizurufen.

Die Karlsruher Polizeimeldbeanlage, deren Einrichtung der Siemens und Halske A.-G. übertragen war, ist in ihrem ersten Ausbau jetzt fertiggestellt und wurde am Montagmittag durch die Obergeringiererei Voigt und Zeißler übergeben. Die Abnahme erfolgte in der Zentrale der Anlage (Polizeidirektion) durch Polizeidirektor Hauker.

Nachdem Obergeringiererei Voigt-Berlin einen kurzen Ueberblick über die technischen Einrichtungen der Gesamtanlage gegeben hatte, wurden die einzelnen Einteilungen, die verschiedenen Melde- und Rufschaltkreise auf der Zentrale aufs genaueste durchgeprüft. Es ergab sich durchwegs ein schnelles und exaktes Arbeiten der Anlage.

Besondere Berücksichtigung fand auch die Möglichkeit eventueller zufälliger oder gewalttätiger Störungen der Leituna. Dabei zeigte sich, daß die Anlage in ihrer Sicherheitshaltung so gebaut ist, daß jeder auftretende Fehler im

Leitungsgang im Augenblick des Entstehens selbsttätig auf der Zentrale gemeldet wird, daß aber bis zur Beseitigung des Fehlers trotzdem der sichere Eingang von allen Meldungen gewährleistet ist.

Polizeidirektor Hauker sprach seine Anerkennung über die Leistungen der Polizeimeldbeanlage aus, hob ihren besonderen Wert für den polizeilichen Dienst hervor und dankte allen, die an der Einrichtung der Anlage mitgearbeitet haben.

Sodann erfolgte die Abnahme der öffentlichen Meldestellen, die an verschiedenen wichtigen Verkehrspunkten der Stadt angebracht sind. Durch diese Straßenmelder ist es dem dienleistenden Beamten ermöglicht, ohne seinen Standort zu verlassen, in kürzester Zeit Polizei- oder Sanitätshilfe herbeizurufen. Auch bei Abnahme dieser Anlage zeigt sich ein überraschend schnelles und zuverlässiges Arbeiten. Das durch einen einfachen Bedienungsbegriff herbeigerufene Notrufkommando war in wenigen Minuten auf dem für diese Zwecke besonders gebauten Kraftwagen zur Stelle; die sonstigen Anrufe und Kontrollmeldungen funktionierten ebenfalls durchwegs zufriedenstellend.

Mit dieser Polizeimeldbeanlage, die auch bereits zahlreiche Privatmelder angeschlossen sind, hat die Stadt Karlsruhe eine neue modernere und für alle Kreise der Einwohnerschaft wertvolle polizeiliche Einrichtung erhalten.

Streit, wobei der erstere den letzteren auf den Boden und ihm Fußtritte auf den Leib und das Gesicht verriechte, jedoch dieser einen Kopfschmerz davonriechte. Der Verletzte fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 24. d. Mts. wurden aus einer Wirtschaft in der Waldhornstraße 12 M. Silbergeld und 7 Schachteln Zigaretten, Marke Oberst, Comul und Turumo, und in der Zeit vom 24./25. aus einem Opferrahmen in der Kaiserstraße zwei schwarze Opferrahmen und ein schwarzer Feldstecher, je 19 Millimeter Gläserbreite, sowie ein Spärometer zum Prüfen der Brillengläser, Gesamtwert 128 M., von unbekanntem Täter gestohlen.

Festgenommen wurden: ein verh. Kaufmann von hier wegen Verleidungsbruch, ein Arbeiter von Breiten wegen Körperverletzung, ein Schlosser von Schaffenburg wegen Verleidungsbruch, ein Dienstmädchen von Forzheim wegen Unterschlagung, drei Personen wegen Verleidungen gegen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, drei Personen wegen Falschverzeichens und elf Personen wegen sonstiger strafbarer Handlungen.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Am Donnerstag, den 23., findet die erste Wiederholung von „Figaros Hochzeit“ statt, die bei ihrer Erstaufführung in der Reueinstudierung ein außerordentliches Gaus brachte. Die Partie der Gräfin trägt wiederum Marie Fanz. Am Sonntag, den 31., geht neu einstudiert Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ in Szene unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner und unter seiner Leitung von Otto Kraus.

Am Montag, den 1. Februar, findet das 6. Sinfonienkonzert statt und zwar im Landestheater, nicht, wie ursprünglich angekündigt, in der Hofkapelle. Dirigenten sind Professor Dr. Hans Richter und Ferdinand Wagner. Solisten: Alma Moodie-Jarich (Violine).

Beranstaltungen.

Arten- und Viederabend. Es sei nochmals an den heute abend 8 Uhr im Eintrachtsaal stattfindenden Arten- und Viederabend von Julius Müller hingewiesen. Der Reinertrag dieser Veranstaltung wird zugunsten der Jepsen-Gedenkstiftung verwendet. Es wäre zu wünschen, daß diesem Konzert lebhaftes Interesse entgegengebracht würde. Karten sind noch in allen Preisklassen in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Koller- und Waldstraße, zu haben.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Verleihungen, Zurücksetzungen usw.

der vormaligen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Wannhals anstellt: Die Karlsruher Polizeidirektion hat als Kommissar bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

Justizministerium.

Ernannt: Die Justizobersekretäre Josef Los beim Amtsgericht Forzheim und Karl Künzle beim Amtsgericht Eppingen zu Justizinspektoren. Botschaftliche Johann Wolf beim Notariat Wehring zum Justizassistenten.

Bericht: Justizobersekretär Eduard Servadius beim Landgericht Mannheim zum Amtsgericht Mannheim. Justizassistenten Fritz Fischer beim Notariat Ettlingen zum Amtsgericht Ettlingen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: Der außerordentliche Professor Dr. Hans Eppinger an der Universität Wien zum ordentlichen Professor für innere Medizin und Direktor der Medizinischen Klinik der Universität Freiburg. Lehramtsassessor Helm Schellenberg am Realgymnasium mit Oberrealschule in Willingen am Professor d. Physik, Lehramtsassessor Alton Schwab am Gymnasium in Forzheim zum Professor d. Physik, Lehramtsassessor Dr. Otto Künzle an der Oberrealschule in Mannheim zum Professor an der Oberrealschule in Oberkirch am Realgymnasium mit Oberrealschule in Ettlingen zum Professor an der Realschule in Breiten, Lehramtsassessor Karl Müller am Gymnasium in Forzheim zum Professor an der höheren Mädchenschule d. d. d. d.

Bericht: Professor Franz Keller an der Elisabethschule in Mannheim an die Oberrealschule in Heidelberg. Professor Dr. Hugo Harbicht an der Notar-Oberrealschule in Freiburg an die Neuburg-Oberrealschule in Freiburg.

Bericht in gleicher Eigenschaft: Professor Dr. Richard Daub an der Realschule in Breiten an die Elisabethschule in Mannheim. Professor Dr. Anton Strigel an der Realschule in Oberkirch an die Elisabethschule in Karlsruhe. Professor Ludwig Froebel am Real-

gymnasium mit Oberrealschule in Willingen an die Oberrealschule nach Baden-Baden. Professor Dr. Gustav Mayer an der Realschule in Reutlingen i. Schw. an die Realschule in Oberkirch.

Geförden: Verwaltungssachverständiger Ludwig Epstein beim Bezirksamt Forzheim.

Brettener Brief.

B. Bretten, 25. Jan.

Die letzte Woche stand hier im Zeichen der Vereins-Veranstaltungen. Am Mittwoch hielt der Motorradfahrer-Verein in der Krone seine Generalversammlung ab, bei der der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt und größere Veränderungen im kommenden Jahr beschlossen wurden. Am gleichen Abend gab die Badische Bühne ein Gastspiel in der Stadt Forzheim mit „Johann Seppinger“, dem eine Kinderdarstellung „Dorrschögen“ vorausging. Am Freitagabend hielt der Verein „Badische Heimat“ einen Lichtbildvortrag über „Deutsche Burgen“ ab. Auf Samstagabend hatte der Gesangsverein „Frohinn“ zu seiner Generalversammlung in den „Badischen Hof“ eingeladen, die sehr gut besucht war und einen schönen Verlauf nahm. Gleichzeitig hielt der Jungdeutsche Orden im Mess-Saal einen Vortrag über „Zweck und Ziele des Jungdeutschen Ordens“, der in letzter Zeit in unserer Stadt ziemlich hiesigen Boden gewonnen hat. In der Stadt Forzheim vereinigte am gleichen Abend der Orchesterverein seine Mitglieder zu einem Familienabend. Direktor Wunz aus Karlsruhe hat seit seiner Stadtratsführung aus dem Dreiecker etwas geschaffen, das sich hören lassen kann, und so waren auch die Zuhörer von dem Gebotenen sehr begeistert. Neben den instrumentalen Darbietungen, die noch durch gefangliche und deklamatorische Leistungen erhellt wurden, sorgte der Vergnügungsmelster durch Wanderspielfest und Kapelltheater für Unterhaltung.

Am Sonntag tagten im Deutschen Haus der Verein der Brettener Fuhrleute und n. n., die zurzeit sehr unter den Verhältnissen zu leiden haben. — Im Badischen Hof fand am gleichen Nachmittag die Bezirksversammlung der Sanitätskolonnen des Bezirkes statt, bei der neben dem hiesigen Bezirk noch Vertreter aus Bruchsal, Karlsruhe und Ettlingen anwesend waren. Der Geschäftsführer des Landesverbandes, Herr Dahlinger aus Ettlingen, berichtete über die Not der Sanitätskolonnen, die — mit Ausnahme Ettlingens — sowohl bei der Regierung als auch bei den Gemeinden auf recht geringes Verhältnis stehen. Während man für die Sanitätskolonne wenig übrig, es wurde empfohlen, eine Arbeitsgemeinschaft mit der Feuerwehr zu schließen.

Viel Gutes werden machen daneben die städtischen Vorlagen über den Ausbau der Friedrichstraße, der Hochdruckwasserversorgung, des Schwimmbades usw. mit einem Kostenaufwand von etwa 500.000 M. Welches von den Projekten ausgeführt wird, ist noch unbekannt.

Gerichtssaal

Schwurgerichtstagung.

Am 23. d. Mts. fand hier eine Schwurgerichtstagung statt unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Rudmann. Am 1. Febr. wird verhandelt gegen den ledigen Metallschleifer Emil Beck aus Karlsruhe wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, am 2. Febr. gegen den Steinbrecher Johann Heinrich Kleinhaus aus Gölshausen wegen Meineids, ferner gegen den Wirt Karl Steinhilper aus Gölshausen wegen Anstiftung zum Meineid, am 3. Febr. gegen den Polizeiwachmeister Otto Friedrich Reike aus Durlach wegen Landfriedensbruchs und Totschlag. In dem ersten Falle sind 17 Zeugen, in letzterem Falle bei dem es sich um den bekannten Zusammenstoß bei der letzten Reichstagswahl handelt, wobei ein Angehöriger des Reichsbanners getötet wurden, 59 Zeugen geladen.

Aus Baden

Der Friedrichsfelder Mord aufgeklärt.

Der Bruder die Schwester erschlagen.

bl. Heidelberg, 26. Jan. (Traßbericht.) Ueber raschend schnell ist es den eifrigen Nachforschungen der Gerichtsbehörden gelungen, den Friedrichsfelder Mord aufzuklären. Es hat sich herausgestellt, daß der 22 Jahre alte Bruder der Christine Grozmann seine Schwester im Streit erschlagen hat, weil sie nicht rechtzeitig nach Hause gekommen ist. Es kommt demnach nicht Mord, sondern Körperverletzung mit Todesfolge in Frage. Allem Anschein nach hat der Täter sein Opfer erwürgt und ihm dann noch wahrscheinlich mit einem Stein den Schädel eingeschlagen. Der Täter, der bereits ein Geständnis abgelegt hat, wurde in das Amtsgefängnis Mannheim überführt.

Zum Eppinger Mädchenmord.

dz. Eppingen, 26. Jan. Der Mord an der 16 Jahre alten Frieda Hecker ist noch immer in Dunkel gehüllt. Am Samstag wurde in dem Stadtwinkel, der die Adelshofer Straße mit den Spigärten verbindet, ein Dolch gefunden und der Untersuchungsbehörde übergeben. Dieser Fund wird mit dem Mord in Zusammenhang gebracht.

*

dz. Ettlingen, 26. Jan. Der Gemeinderat beschloß, die vom Bürgerausschuß bereits genehmigten Zuschläge zur Gemeindefürer von insgesamt 6 Pfg. auf je 100 M. Steuerwert des Grund- und Betriebsvermögens vorläufig aus den 1924er Steuerwerten zu erheben unter Vorbehalt späterer Abrechnung nach endgültiger Festsetzung der Kreissteuer von 15 Pfg. auf je 100 M. Steuerwert. — Nach der Ueberlicht des Arbeitsamtes Ettlingen über den Stand der Erwerbslosen tritt gegenüber dem Stande vom 13. Januar eine Zunahme auf 275 männliche und 45 weibliche Arbeitslose ein.

bl. Forzheim, 26. Jan. In der Nacht zum 3. Januar war ein Goldarbeiter, der sich auf dem Heimweg von Göbrichen befand, von zwei jungen Burchen, die ihn schon längere Zeit verfolgten, überfallen, in den Straßenarabes geworfen und mit Gewalt seiner Brieftasche beraubt worden. Nach längerem Vermühen ist es jetzt der Polizei gelungen, die zwei jungen Burchen von Göbrichen zu ermitteln. Diese wurden festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert.

dz. Philippsburg, 26. Jan. Zu dem ebenfalls ergebnislos verlaufenen zweiten Wahlgang für die Bürgermeistereiwahl wird noch berichtet: Es erhielten Oskar Zimmermann 24, Eugen Schrapf 11, Gb. Braun 1 Stimme. Weiße Zettel wurden 16 abgegeben. Es ist bei der Zerrissenheit der Bürgerchaft zweifelhaft, ob der dritte Wahlgang zu einem Ergebnis führt.

bl. Mannheim, 26. Jan. Die Staatsanwaltschaft hat Einspruch erhoben gegen die Aufhebung des Haftbefehls gegen Erntropel. Dieser wurde von neuem verhaftet.

dz. Mannheim, 26. Jan. Die Freie Buchhändler-Jungung Mannheim beging das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Die Versammlung, die außerordentlich zahlreich besucht war und zu der Vertreter der Stadtverwaltung und der verschiedenen Handwerksorganisationen sowie der Handwerkskammer Mannheim erschienen waren, nahm einen harmonischen Verlauf.

a. Weinheim, 26. Jan. Eine aus Birkenau stammende junge Frau, die vor einigen Wochen im hiesigen Krankenhaus als nierenleidend behandelt wurde und starb, wurde jetzt exhumiert und im Beisein eines Vertreters des Amtsgerichtes Kärth im Birkenauer Leichenhaus beerdigt. Wie der Beerdigung ergab, war die Todesursache auf Abtreibung zurückzuführen. Die Untersuchung ist im Gange; es stehen mehrere Verhaftungen bevor.

dz. Mosbach, 26. Jan. Der württembergische Staatspräsident hat die Reklamation der Frau Maria Reibel, geb. Auelmann, Gattin des Schiffers Heinrich Reibel in Ochtersheim (Amtbezirk Mosbach) vertrieben.

dz. Buchen, 26. Jan. Ein Viehhändler in Groheicholzheim hatte bei Landwirten im Bezirk Adelsheim und Buchen einen Transport Vieh gekauft, für den er, ohne die Verkäufer zu bezahlen, auf dem Viehmarkt in Mannheim 36.000 M. vereinnahmte. Mit dem Erlös ging der Viehhändler alsdann flüchtig. Man vermutet, daß er nach Frankreich „ausgewandert“ ist, wo er Verwandte besitzt.

dz. Rastatt, 26. Jan. Bei den Abrucharbeiten der Leopoldseife Kurze durch vorher erfolgte Sprengung ein Gewölbe des zweiten Stockwerkes ein, auf dem eine 100 Zentner schwere Steinplatte lag. Zwei Arbeiter stürzten dabei ab und erlitten schwere Verletzungen.

dz. Hörden (Amt Rastatt), 26. Jan. Der verheiratete Chauffeur Theodor Lehmann aus Gernsbach, der bei den Benaverken Gagenau beschäftigt ist, fuhr mit seinem Motorrad den 18jährigen Arbeiter Krüner aus Hörden an. Dieser kam zu Fall und zog sich einen schweren Oberschenkelbruch zu. Lehmann selbst erlitt schwere Verletzungen und war bewußtlos. Beide wurden in das Krankenhaus Gernsbach gebracht.

g. Gernsbach, 26. Jan. Am Samstag wurde hier in der Turnhalle die Ausstellung „Mutter und Kind“ eröffnet, wobei Fürstorgarzt Dr. Kappes-Karlsruhe hinführte.

Kaiserstraße 231 **FRANZ HANIEL & Cie.**, G. M. B. H. Fernruf 4855/4856
RUHR-BRECH-KOKS in allen Körnungen für Zentralheizung und Zimmeröfen

